

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLL

Nichtständiger Ausschuss Erhöhung
der Wahlbeteiligung und Weiterent-
wicklung des Wahlrechts

2. Sitzung

29.9..2016

Nichtständiger Ausschuss „Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“

2. Sitzung

m 29. September 2016

im Raum 416, Börsenhof A

Anwesend: **Mitglieder**

Abg. Herr Dr. Buhlert (FDP)

Abg. Herr Eckhoff (CDU)

Abg. Herr Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Herr Strohmann (CDU)

Abg. Herr Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Herr Tschöpe (SPD), Vorsitzender

Abg. Herr Tsartilidis (SPD)

Abg. Frau Vogt (Die Linke), stellv. Vorsitzende

Abg. Herr Welt (SPD)

außerdem sind anwesend:

Prof. Dr Vehrkamp

von der Bertelsmann Stiftung

Direktor von Wachter

von der Bürgerschaftskanzlei

) von der Bürgerschaftskanzlei als

Herr Weiß

) Referent des Ausschusses

Beratungsgegenstände

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der konstituierenden Sitzung
dazu: Protokoll vom 25. August 2016
3. Prekäre Wahlen
dazu: Herr Prof. Dr. Robert Vehrkamp, Bertelsmann Stiftung
4. Verschiedenes

Abg. Vogt: Es ist 14.31 Uhr, der Vorsitzende ist noch verhindert, hat uns aber gebeten anzufangen. Ich leite die Sitzung deshalb zumindest mit den Formalia schon mal ein. Die Tagesordnung ist Euch beziehungsweise Ihnen zugegangen. Kann die so für heute genehmigt werden?

Der Ausschuss genehmigt einstimmig die Tagesordnung.

Gut. Zweitens ist das Protokoll zugegangen, gibt es da Änderungswünsche oder kann das so genehmigt werden?

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll der konstituierenden Sitzung vom 25. August 2016.

Dann nehme ich auch das als genehmigt an. Wir haben heute zu Gast Herrn Prof. Dr. Robert Vehrkamp. Herr Vehrkamp hat direkt nach der Bürgerschaftswahl die Studie „Prekäre Wahlen für Bremen“ geschrieben und ich glaube, soweit ich das verstanden habe, macht die Bertelsmann Stiftung das im Moment nach jeder Landtagswahl.

Prof. Dr. Vehrkamp: Nicht nach jeder, aber...

Abg. Vogt: Ich hatte mich mit der Studie auch schon im Sommer beschäftigt, weil wir zu diesem Thema schon eine Veranstaltung damals hatten, die von der taz organisiert war. Ich schlage vor, dass wir mit dem Vortrag beginnen. Wir haben für den Vortrag ungefähr 30 Minuten eingeplant, sodass ich auch wegen einiger Anschlusstermine davon ausgehe, dass wir tatsächlich ungefähr 16.15 Uhr fertig sein könnten mit der Diskussion. Wir müssten uns nur unter „Verschiedenes“ natürlich über das weitere Vorgehen verständigen und über die nächsten Termine. Also das wäre dann doch relativ wichtig. Und ansonsten würde ich Herrn Professor Doktor Vehrkamp jetzt das Wort erteilen.

Prof. Dr. Vehrkamp: Ja, Frau Vogt, ganz herzlichen Dank.

Ganz herzlichen Dank auch für die Einladung zu dem, soweit ich da informiert bin, bundesweit ersten Ausschuss, der sich sozusagen konkret mit diesem Thema „Wahlbeteiligung, Steigerung der Wahlbeteiligung und Analyse der Wahlbeteiligung, Wahlrecht“ beschäftigt.

Wir haben, wie Frau Vogt schon gesagt hat, nach einigen Landtagswahlen, auch nach der letzten Bundestagswahl ein Analysetool entwickelt, das ganz aussagekräftige Ergebnisse erzielt hat. Ich habe jetzt im ersten Teil noch mal ein paar Folien mitgebracht, die sich mit der Analyse beschäftigen. Aber da ich davon ausgehe, dass Sie hier auch über praktisch umsetzbare Vorschläge diskutieren möchten, was man denn jetzt tun kann, um das Problem zu lindern, wenn nicht sogar zu beheben, habe ich für Sie im zweiten Teil tatsächlich auch unseren Ideenstand dazu mitgebracht und würde da auch gerne drauf eingehen.

„Prekäre Wahlen“: warum haben wir die Studie so genannt?

Natürlich nicht, weil wir in irgendeiner Form die Legitimität des Wahlergebnisses damit in Zweifel ziehen wollten. Natürlich ist ein Wahlergebnis, völlig unabhängig von der Höhe der Wahlbeteiligung, formal vollkommen legitim. Wenn sich allerdings hinter der sinkenden, stark sinkenden Wahlbeteiligung eine zunehmende soziale Selektivität der Wahlbeteiligung verbirgt, dann halten wir das eben schon für ein Problem, weil das ja dann bedeutet, dass die Wahlergebnisse zumindest sozial auch nicht mehr repräsentativ sind. Und das kann man eben auch an der Entwicklung in Bremen sehr, sehr krass nachvollziehen. Ich habe Ihnen hier diese Kernfokusgrafik mitgebracht, wo Sie die soziale Spreizung der Wahlbeteiligung in den Ortsteilen sehen. Und Sie sehen schon sehr deutlich, dass diese Schere auseinandergeht. Die Grafik ist ganz einfach zu lesen, wir haben quasi die über 100 Ortsteile sozusagen analysiert, haben die Wahlbeteiligung in den Ortsteilen mit sozioökonomischen Kennziffern korreliert. Wir haben uns angeguckt, was für Menschen in diesen Ortsteilen leben bezüglich Kaufkraft, Einkommen, Arbeitslosigkeit, formaler Bildungsstand, Damit haben wir sozusagen ganz verschiedene soziale Indikatoren quasi in Verbindung gesetzt zu der Höhe der Wahlbeteiligung und das Bild, das

sich dann daraus ergibt, ist ein für Empiriker so überraschend eindeutiges, dass wir damit auch selber nicht gerechnet haben.

Sie können also ganz eindeutig aufzeigen, dass die Höhe der Wahlbeteiligung mit diesen Sozialindikatoren ganz stark korreliert und dass die Schere eben immer weiter auseinandergeht. Das heißt, dass die Ortsteile, in denen sozial benachteiligte, einkommensschwächere, bildungsferne Menschen wohnen, die Ortsteile sind mit den niedrigen und auch weiter sinkenden Wahlbeteiligungen, während die Ortsteile, in denen die sozial Stärkeren – ich bin immer ein bisschen vorsichtig mit der Sprache, die man da wählt – also sozusagen die einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen mit den formal bildungsstärkeren Bevölkerungsgruppen wohnen, da sind die Wahlbeteiligungen nach wie vor extrem hoch.

Wir haben das dann auch noch mal zusammen mit Infratest dimap für diese sogenannten Sinusmilieus versucht. Sinus teilt die Gesellschaft in 10 verschiedene Milieus ein. Und dann haben wir auch versucht, für diese Milieus noch mal die Wahlbeteiligung zu bestimmen und dann sehen Sie eben die sozialstärkeren Milieus, ich sage mal die liberalintellektuellen, die konservativen aber auch die sozialökologischen Milieus, da ist die Wahlbeteiligung nach wie vor bei 80, 85, 90 Prozent. In den sozial schwächeren Milieus, die merkwürdigerweise bei Sinus die Hedonisten zum Beispiel heißen, - ein Begriff, der immer Verwirrung hervorruft, weil man ihn eigentlich nicht mit einem typisch sozial schwachen Milieu verbindet oder einem sozial prekären Milieu- da haben sie eine Wahlbeteiligung von 45, 48, 50 Prozent. Das sind Werte für die Bundestagswahl, da können Sie sozusagen noch mal jeweils 15, 20 Prozentpunkte abziehen und dann sind das die Wahlbeteiligungen der entsprechenden Milieus jetzt auf der Ebene von Landtagswahlen. Die soziale Spreizung ist inzwischen als Problemdiagnose kaum noch umstritten ist.

Also das hat so zwei, drei Jahre gedauert, bis wir da auch mit dieser These durchgedrungen sind, aber das ist inzwischen auch in der Wissenschaft breit rezipiert und auch bestätigt worden, sozusagen als These vom sozialen Profil. Das ist ja übrigens was, wenn man mit Praktikern der Politik und mit Wahlkämpfern redet, man ja auch hört. Jeder kann einem dann vor Ort die Ortsteile natürlich auch benennen, um die es da geht. Das, was wir

hier gemacht haben, ist eben einfach noch mal sozusagen eine statistische Bestätigung. Ein Argument, das ich dann häufig höre, sagt, das sei aber doch immer so gewesen. Und das stimmt eben nicht.

Das zeigen auch die Zahlen aus Bremen: sie haben bis Ende der 70er Jahre auch eine gewisse soziale Spaltung der Wahlbeteiligung gehabt, aber da lag der Unterschied hier in Bremen 1975 bei etwa zwölf Prozentpunkten. Die Ortsteile mit der hohen Wahlbeteiligung lagen bei 90 Prozent, die mit der geringsten Wahlbeteiligung lagen bei 78 Prozent. Und dann ist die Schere eben immer weiter auseinandergegangen und auch in den Ortsteilen mit den höchsten Wahlbeteiligungen ist die Wahlbeteiligung zurückgegangen, ja. Aber sie ist eben in den Ortsteilen mit den geringen Wahlbeteiligungen, da wo die sozial schwächeren Milieus leben, deutlich stärker zurückgegangen und diese Schere oder der Abstand hat sich eben verdreifacht in den letzten Jahrzehnten. Und das ist die Problematik, die wir sehen.

Das ist eigentlich der Grund, warum wir tatsächlich der Meinung sind, dass man gegen die sinkende Wahlbeteiligung etwas tun muss. Der Grund ist ja nicht etwa, dass hier Menschen in Deutschland das aktive Wahlrecht nicht hätten oder solche Dinge. Das ist ja alles gegeben bei uns. Da sind wir, sozusagen nicht nur eine hochentwickelte, sondern eine extrem gut ausgestattete Demokratie. Aber diese soziale Determinierung, die sich dahinter verbirgt, die halten wir eben schon für problematisch, weil sie eben auch zu sozial nicht mehr repräsentativen Wahlergebnissen führt.

Natürlich weiß ich auch, dass in einer repräsentativen Demokratie Sie, wenn Sie einmal gewählt sind, nicht nur die Interessen Ihrer Wähler sondern die Interessen der ganzen Bürgerschaft vertreten. Ich nehme diesen normativen Anspruch der repräsentativen Demokratie auch sehr ernst, aber man muss am Ende des Tages natürlich auch realistisch diskutieren. Wenn Sie Ihren politischen Alltag angucken, dann ist es natürlich so, dass Sie in vielen Fragen zuallererst die Interessen Ihrer Wähler und Wählerinnen vertreten und nicht die Interessen derjenigen, die sich nicht mehr an der Wahl beteiligen.

Und das führt natürlich auch dazu, dass Wahlergebnisse und dass insgesamt Entscheidungen repräsentativ gewählter Institutionen an Akzeptanz und an Glaubwürdigkeit verlieren und das sehen wir in vielen Umfragen auch auf breiter Front und dagegen müssen wir was tun. Man kann dagegen auch was tun, indem man die Wahlbeteiligung versucht wieder zu steigern und eben vor allen Dingen sozial wieder etwas ausgeglichener zu gestalten. Das mit den verschiedenen Indikatoren habe ich Ihnen schon gesagt. Diese Korrelation ist hier mal abgebildet für den Leitindikator der Arbeitslosenquote, weil die Arbeitslosigkeit natürlich sozusagen etwas ist, was dann viel nach sich zieht: Kaufkraft, Einkommen und auch korreliert wiederum mit dem Bildungsstand. Es ist im Grunde egal, welchen Indikator Sie da nehmen, Sie kommen eigentlich immer zum gleichen Gesamtbild und zum gleichen Ergebnis.

Das Ganze ist nicht nur problematisch im Hinblick auf die Höhe der Wahlbeteiligung, sondern das ist auch etwas, was Sie hier in Bremen natürlich besonders betrifft, nämlich zum Beispiel die Stimmenausschöpfung und der Anteil ungültiger Stimmen.. Auch da sehen Sie ein klares soziales Profil. Wir haben uns das hier in Abhängigkeit vom formalen Bildungsstand angeguckt. Die Ausschöpfung der fünf Stimmen, die man hier in Bremen ja nach dem Wahlrecht hat, die ist in dem Ortsteil, wo viele Menschen mit hohen formalen Bildungsabschlüssen leben, höher als da, wo weniger Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen leben und ich habe hier noch mal die Korrelation auch zur Anzahl ungültiger Stimmzettel. Sie wissen, dass Sie bei der letzten Landtagswahl ungefähr drei Prozent ungültige Stimmen hatten. Das ist doppelt so viel, wie man üblicherweise kalkulieren kann und nun wie normalerweise zum Beispiel bei Bundestagswahlen auftreten. Und auch dahinter verbirgt sich noch mal eine soziale Spaltung. Sie haben also Ortsteile, wo Sie sechs, sieben Prozent ungültige Stimmen haben und da kommt man meiner Meinung nach tatsächlich schon in Größenordnungen, die auch demokratietheoretisch nicht ganz unproblematisch sind und auch da haben Sie wieder eindeutig diese Korrelation mit Bildungsstand und sozialem Profil dieser Ortsteile.

Grundsätzlich muss man sagen, dass dieses differenzierte Wahlrecht viele Vorteile hat. Es ist ein modernes Wahlrecht, viele Menschen nutzen ja auch diese Möglichkeiten und

wollen das. Aber es hat auch einen Preis. Und ich glaube auch, dass man da noch einiges tun kann. Darüber können wir auch in der Diskussion noch mal reden, wie man diesen Anteil ungültiger Stimmen sozusagen auch beim geltenden Wahlrecht noch weiter reduzieren kann. Aber ich glaube, ganz kommt man an diesem Dilemma nicht dran vorbei, dass je differenzierter ein Wahlrecht, je komplizierter ein Wahlrecht ist, umso höher auch die soziale Schwelle ist, die man damit einbaut. Und ich glaube nicht, dass man die Schere sozusagen komplett wegbekommt. Sie haben es ja ein bisschen schon geschafft jetzt bei der letzten Bürgerschaftswahl im Vergleich zu 2011. Wir haben uns das mal angeguckt: die Spreizung beim Anteil ungültiger Stimmen ist ein bisschen zurückgegangen. Sie haben ja einige Maßnahmen sozusagen versucht, Erklärstücke gemacht und versucht, die Wahlunterlagen so zu gestalten, dass sie gut verständlich sind. Das hilft auch, das sehen Sie an diesen Zahlen. Aber wie gesagt, ich glaube nicht, dass man bei dem jetzigen Wahlrecht diese Differenz vollständig nivelliert bekommt.

Sie haben von zwei auf 2,4 Prozent im Durchschnitt derjenigen Wahlkreise sozusagen mit der höchsten Wahlbeteiligung, das ist ein relativ geringer Anstieg, den man sozusagen statistisch jetzt nicht überinterpretieren sollte. Man sieht so ein bisschen, dass von oben und unten die Differenz ein bisschen geringer geworden ist und das kann man sicherlich auch auf die Begleitmaßnahmen, die Sie gemacht haben, zurückführen. Also gewisse Erfolge sind da in der Erklärung und der Anwendung des Wahlrechts sicherlich schon erzielt worden.

Jetzt ist natürlich die Frage: „Was kann man machen?“ Wir haben versucht, unsere Ideen in so einem 8-Punkte-Plan zusammenzufassen. Wir lassen Ihnen die Unterlagen auch noch mal im Nachgang zu der Veranstaltung zukommen.

Ich habe mir für heute mal vier Punkte rausgesucht, von denen ich persönlich sehr überzeugt bin, dass sie wirkungsvoll sind und von denen ich mir auch gut vorstellen könnte, dass sie die hier in Bremen anwenden können. Ich fange an mit dem ersten Punkt „Wählen ab 16 einführen“, das brauchen Sie nicht mehr, da sind Sie bundesweit Vorreiter gewesen in Bremen. Sie haben ja zwei Landtagswahlen schon hinter sich, wo ab 16 gewählt

wird und gewisse Erfolge haben Sie, zumindest so lese ich die Daten, auch erzielt. Ich glaube aber, dass man da noch mehr machen kann. Und dafür möchte ich eigentlich plädieren.

Und da habe ich Ihnen auch einen konkreten Vorschlag dazu mitgebracht. Vorher noch mal ganz kurz zur Frage, warum wir dieses Thema „Wählen ab 16“ und dieses Sich-Kümmern um die Erstwähler für so besonders wichtig halten. Sie alle kennen vielleicht diesen sogenannten Wahllebenszyklus, den Sie hier nicht nur typisch in Bremen haben, den haben Sie eigentlich bei allen Landtagswahlen, bei allen Bundestagswahlen. Der Wahllebenszyklus heißt, dass bei uns die Erstwähler auf einem unterdurchschnittlichen Niveau einsteigen. Das geht dann sogar in der Altersgruppe der 21-24-Jährigen noch mal leicht zurück und steigt dann im weiteren Lebensverlauf relativ zäh und langsam an, erreicht dann einen Höhepunkt im Rentenalter und geht dann quasi altersbedingt, gesundheitsbedingt wieder zurück. Das ist so ein typischer Wahllebenszyklus, den Sie, wie gesagt, bei fast allen Wahlen in Deutschland idealtypisch wiederfinden. Jetzt ist natürlich häufig das Argument: „Naja, wenn jetzt die Jüngeren sowieso unterdurchschnittlich wählen, dann tut man sich mit Blick auf die Wahlbeteiligung doch keine Gefallen, wenn man das Wahlalter weiter absenkt.“ Ja, das ist so ein Standardargument, das ich da immer wieder höre. Wir wissen allerdings aus der Wahlforschung, dass die Frage, ob Sie bei Ihrer ersten Wahl teilgenommen haben oder nicht, ganz entscheidend dafür ist, wann Sie sozusagen anfangen eine Wahlgewohnheit herauszubilden. Das heißt, dass diejenigen, die an ihrer ersten Wahl teilgenommen haben, haben natürlich – und das ist in der Wahlforschung auch nachgewiesen – eine sehr viel höhere Wahrscheinlichkeit, dass sie das auch bei der zweiten, dritten und vierten Wahl machen. Und dass es dann eben nicht 20 Jahre oder 25 Jahre dauert, bis sie eine stabile durchschnittliche Wahlgewohnheit herausgebildet haben, sondern das deutlich früher stattfindet. Vor diesem Hintergrund ist das Wahlalter 18 ein extrem ungünstiges. Ich habe mal in einem Artikel darüber von einem Forscher die Bemerkung gefunden, die mich zum Schmunzeln gebracht hat: „Also entweder lasst uns das Wahlalter radikal senken oder auf 30 anheben.“ Aber es bei 18 zu lassen, also das Wahlrecht in einer Lebensphase zu erteilen, die zu den mobilsten, instabilsten gehört, das ist genau die Lebensphase, wo die meisten jungen Menschen

ihre gewohnte Umgebung zu Hause verlassen, aus dem Schulkontext rauskommen, zum Studium gehen, Zweitwohnsitz haben, nicht so genau wissen, wo sie in welcher WG sie eigentlich gemeldet sind. Und dann klappt das mit den Wahlunterlagen nicht. Das sind alles so ganz praktische Gründe, die erklären, warum heute die Wahlbeteiligung bei unseren Erstwählern so unterdurchschnittlich ist.

Ich vermute übrigens auch, dazu gibt es leider keine repräsentative Statistik, dass das tatsächlich viele unserer Studierenden betrifft, aus genau den genannten Gründen. Ich versuche seit langem darüber Zahlenmaterial zu kriegen, aber wir haben ja glücklicherweise ein gut gehütetes Wahlgeheimnis in Deutschland und da sind auch den Statistikern da enge Grenzen gesetzt aus, wie gesagt, guten Gründen. Aber das ist der Grund, warum wir bei diesem Thema so viel Potenzial sehen. Sie haben jetzt das Wahlalter schon abgesenkt, Sie haben auch Erfahrung mit ersten Begleit- und Aktivierungsmaßnahmen gemacht. Ich glaube aber, dass man da noch viele Schritte mehr machen könnte. Und einen konkreten Schritt, den ich Ihnen tatsächlich gerne vorschlagen würde, ist, den Wahlakt ganz praktisch in die Schulen zu verlagern. Das heißt, also mobile Wahllokale, mobile Wahlurnen an allen Schulen aufzustellen. Man kann zum Beispiel eine Wahlwoche einführen und eingebettet in den Schulalltag den Schülerinnen und Schülern, die ab 16 das Wahlrecht haben, die Möglichkeit zu geben, während ihrer Schule und begleitet und eingebettet, wie gesagt, in Aktivierungs- und Begleitmaßnahmen, die das kontextualisieren, die Chance zu geben, an ihrer ersten Wahl teilzunehmen.

Ganz praktisch könnten Sie das dadurch machen, dass Sie ein Instrument nutzen, was es schon heute gibt und das ist das Instrument der vorgezogenen Urnenwahl. Sie können schon heute, das wissen übrigens die wenigsten Wählerinnen und Wähler und es wäre auch eine praktische Empfehlung diese Möglichkeit noch bekannter zu machen, mit Ihrem Wahlschein sich die Briefwahlunterlagen aushändigen lassen und dann sozusagen direkt vor Ort quasi so eine Art vorgezogene Urnenwahl mit Hilfe Ihrer Briefwahlunterlagen machen. So das heißt, dieses Instrument gibt es schon, da muss gar kein neues Wahlrecht geschaffen werden. Mit dem Instrument könnten Sie theoretisch an alle Schulen, an alle Bremer Schulen gehen. Und den Schülern dann bei der Gelegenheit übrigens

nicht nur die Urnenwahl näher bringen sondern auch gleich die Briefwahl erklären, die auch ein wichtiges Instrument ist. Da komme ich auch gleich noch mal dazu.

Ich glaube, dass das eine echte Chance wäre, die Erstwählerbeteiligung bei der nächsten Landtagswahl in Bremen tatsächlich auf 70, 80, 90 Prozent zu erhöhen. Und wir haben ausgerechnet, dass alleine der Effekt, der dadurch langfristig entstehen würde, natürlich die Gesamtwahlbeteiligung erheblich stabilisieren würde in Zukunft und natürlich auch dazu beitragen würde, dass sie sozial weniger gespalten ist. Denn an den Schulen erreichen Sie alle Jugendlichen, wenn Sie an alle Schulen gehen. Und das ist aus meiner Sicht eine der wenigen Möglichkeiten, die jungen Menschen, die jetzt wahlberechtigt werden und die aus typischen Nichtwählermilieus kommen und von denen wir mit großer Sicherheit annehmen sollten, annehmen können, dass auch sie, wenn wir da nichts tun, nicht zur Wahl gehen werden, keine Wahlgewohnheit herausbilden werden. Und das ist ein neues Phänomen. Deshalb glaube ich eben auch, dass das eine positive Chance ist.

Sie können das natürlich auch genau andersherum sehen. Dieses Herausbilden von Nichtwählermilieus heißt ja auch, dass jetzt erstmals junge Menschen wahlberechtigt werden, die aus solchen Nichtwählerhaushalten kommen, die aus sozialen Umfeldern kommen, wo schon seit zehn, 15, 20 Jahren nicht mehr gewählt wird, wo Politik keine Rolle mehr spielt. Wir wissen aus der Wahlforschung, dass Wählen ein sozialer Akt ist. Das heißt, die Frage, ob ich selber wähle, hängt ganz stark davon ab, ob in meiner Familie gewählt wird, ob in meinem Freundeskreis gewählt wird und Politik da eine Rolle spielt, ob das als wichtig angesehen wird oder nicht. Ich glaube, dass wir da tatsächlich den einzigen systematischen Ansatzpunkt, den wir da haben, unsere Schulen sind.

Sie haben das Wahlrecht ab 16, Sie haben auch Erfahrung mit Begleitmaßnahmen an Schulen und deshalb würde ich Ihnen tatsächlich empfehlen zu überlegen, diesen nächsten Schritt zu gehen und damit werden Sie bundesweit ein Vorreiter. Das ist so in der Form noch nirgendwo gemacht worden, birgt aber, glaube ich, eine große Chance.

Ein zweites Thema, was ich relativ wichtig und praktisch finde, ist es, die Briefwahl zu erleichtern. Wir wissen, dass die Briefwahl die Wahlform ist, die sozusagen Karriere gemacht hat. Bei der letzten Bundestagswahl waren es schon 25 Prozent aller abgegebenen Stimmen, die per Brief abgegeben worden sind. Die Urnenwahl ist sozusagen im Rückzug, der Anteil der Briefwähler steigt. Das heißt also, die Wählerinnen und Wähler geben das klare Signal: Diese Form der Briefwahl ist eigentlich eine Form, die sie zunehmend wollen.

Wir haben uns dann mal etwas genauer angeguckt, wer ist das eigentlich, der die Briefwahl nutzt? Und da gibt es ja immer so das Vorurteil, das ist sozusagen nur der hochgebildete Oberstudienrat, der das macht, weil er irgendwie auf Wanderurlaub ist am Wahltag und dann rechtzeitig vorher die Briefwahlunterlagen beantragt. Das ist heute nicht mehr so. Also das soziale Profil des typischen Briefwählers entspricht eigentlich ziemlich genau dem sozialen Profil der Wähler und Wählerinnen des Durchschnitts der Wählerinnen und Wähler. Das heißt also, die Briefwahl wird heute ganz breit genutzt. Es gibt zum Beispiel eine Gruppe, die beim Thema Wahlbeteiligung auch ein großes Problem darstellt, das sind die Alleinerziehenden. Wir wissen, dass die Wahlbeteiligung da sehr unterdurchschnittlich ist. Das ist relativ einfach zu erklären, warum. Alleinerziehende sind normalerweise Menschen, die sehr, sehr wenig Zeit haben und die einen sehr hohen Aufwand für ihre Lebensorganisation betreiben müssen. Die nutzen überdurchschnittlich häufig das Instrument der Briefwahl. Das ist ja schon erleichtert worden in der Vergangenheit. Sie müssen jetzt als Wählerinnen oder Wähler nicht mehr begründen, warum Sie Briefwahl machen. Sie können die Unterlagen einfach beantragen. Sie müssen Sie aber noch gesondert beantragen.

Und da wäre unsere Idee, ganz praktisch, warum eigentlich? Warum schicken wir nicht mit der Wahlbenachrichtigung jedem, jeder Wählerin und jedem Wähler die Briefwahlunterlagen automatisch zu? Das wird in anderen Ländern gemacht. Die Schweiz beispielsweise macht das. Hat damit auch bei der Wahlbeteiligung gute Erfolge erzielt. Es gibt in Deutschland erste Erfahrungen bei direkt demokratischen Abstimmungen damit, also zum Beispiel in Hamburg ist das gemacht worden bei dem Olympia-Referendum. Da sind

an alle wahlberechtigten Hamburgerinnen und Hamburger die Briefwahlunterlagen direkt mit der Wahlbenachrichtigung verschickt worden und ich weiß jetzt nicht genau, ich glaube 70 oder 80 Prozent der abgegebenen Stimmen sind dann auch tatsächlich per Briefwahl abgegeben worden. Also auch das wäre so ein ganz praktischer Vorschlag, der mit Sicherheit dazu führen würde, dass die Wahlbeteiligung drei, vier, fünf Prozentpunkte höher ausfallen würde als sie das heute tut.

Dritter Punkt, Urnenwahl modernisieren. Wir plädieren bundesweit dafür, ein bundesweites elektronisches Wählerverzeichnis zu ermöglichen. Das gibt es heute noch nicht. Warum? Ein solches Wählerverzeichnis würde es ermöglichen, dass jeder Wähler in jedem Wahllokal, egal wo er sich am Wahltag gerade aufhält, seine Stimme abgeben kann. Ich bin jetzt gar nicht ganz sicher, ob es hier im Land Bremen ein elektronisches Wählerverzeichnis gibt. Das wäre die organisatorische Voraussetzung dafür, dass Sie als Wähler nicht nur in dem Wahllokal sozusagen Ihres Stimm- oder Wahlbezirks wählen können, sondern egal, wo Sie am Wahltag sind, überall Ihre Stimme abgeben können. Das wäre, meine ich, ein ganz großer Schritt, um die Urnenwahl wieder attraktiver zu machen, den Mobilitätsbedürfnissen und dem Mobilitätsverhalten der Menschen besser anzupassen.

Und deshalb eben auch ein Punkt in unserem 8-Punkte-Katalog, der dann praktisch umgesetzt werden könnte und der sicherlich eine aktivierende Wirkung hätte.

Das letzte, was ich Ihnen vorstellen möchte, ist eine Idee, die vielleicht ein bisschen ungewöhnlich ist. Wir haben das einfach mal genannt: Nichtwähler mobilisieren. Sie alle wissen aus Ihren eigenen Wahlkämpfen, dass zur Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern nichts so effektiv ist, wie der Haustürbesuch. Der Haustürbesuch, das sagt auch die Wahlforschung, also sozusagen der persönliche Kontakt, das, wenn auch nur kurze persönliche Gespräch mit dem Wähler, ist eigentlich das effizienteste Mobilisierungsinstrument. Es ist viel effektiver als Postwurfsendungen, es ist auch viel effektiver als Mails oder sonstige Formen der Kontaktaufnahme.

Wir wissen aber natürlich auch alle, wie mühsam das ist. Ich war in meiner Heimatstadt selber auch mal jahrelang Kommunalpolitiker, habe auch solche Hausbesuche gemacht und wir wissen auch realistischer Weise natürlich, dass bei zurückgehenden Mitgliederzahlen, es für Sie immer schwieriger ist, so was tatsächlich flächendeckend darzustellen. Das hat bei uns im Team dazu geführt, eine Idee aufzugreifen, die wir uns aus Mainz geklaut haben. Bei den Mainzer Kommunalwahlen hat die Universität Mainz mit Studierenden einen Feldversuch durchgeführt. Die sind nämlich mit verschiedenen Wahlinformationsunterlagen per Haustürbesuch durch bestimmte Bezirke gezogen und haben versucht, mit möglichst vielen, sozusagen parteiunabhängigen, im Grunde genommen ehrenamtlichen Wahlhelfern, Unterlagen zu verteilen, haben über den Wahltermin informiert, haben zur Wahl aufgerufen und haben versucht, das im persönlichen Kontakt sozusagen herzustellen. Und sie haben zwar keinen weltbewegenden, aber doch sozusagen statistisch signifikante Effekte erzielt mit einer relativ geringen Infrastruktur.

Warum also nicht bei einer Landtagswahl, bei der nächsten Landtagswahl in Bremen eine Infrastruktur vorher entwickeln, sodass Sie mit ehrenamtlichen Wahlhelfern parteiunabhängig, mit Unterlagen, die auf die Wahl hinweisen, die auch darauf hinweisen, wie wichtig es ist, an der Wahl teilzunehmen, die vielleicht auch noch mal erklären, wie das geht, welche unterschiedlichen Möglichkeiten es gibt, über persönliche Kontakte eine Wahlaktivierung vor allen Dingen natürlich in den Stadtvierteln und Ortsteilen bewirken, in denen die Wahlbeteiligung so dramatisch niedrig ist und wo ehrlicherweise viele Parteien auch selber gar keinen Wahlkampf mehr machen. Sie machen ja vor allen Dingen da Wahlkampf, wo Ihre Wählerinnen und Wähler sitzen und nicht da, wo Sie wissen, da ist die Wahlbeteiligung sowieso bei 30 Prozent, das heißt, da ist Ihr Ressourcenaufwand natürlich viel, viel höher, Ihre Grenzkosten der Mobilisierung sind da natürlich viel, viel höher als in den Ortsteilen und Stadtvierteln, wo Sie wissen, da sitzen potenziell viele Wähler. Das ist überhaupt nicht als Vorwurf gemeint, ich kann das absolut verstehen, dass man sozusagen einen knappen Ressourceneinsatz eben so plant, dass er einen möglichst großen Output hat.

Aber im Interesse der Wahlbeteiligung ist das natürlich nicht, weil es so was wie wahlkampffreie Zonen gibt, wo auch Parteien nur noch sehr, sehr wenig tatsächlich auch aktiven Wahlkampf betreiben. Das ist sicherlich ein etwas ungewöhnlicher Gedanke, über den man auch noch mal ein bisschen länger nachdenken muss, wie der sich praktisch umsetzen lässt. Wir haben da auch mal mit der Landeszentrale und mit der Bundeszentrale für Politische Bildung angefangen drüber zu sprechen, wie so was praktisch gehen kann. Ich glaube aber, dass das auch ein sehr vielversprechender Ansatz ist. Ich will es vielleicht erst mal bei diesen vier Punkten belassen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich jetzt auf die Diskussion.

Abg. Vogt: Vielen Dank ! Ich schlage vor, wir sammeln jetzt erst einmal Fragen. Ich selber habe zwei, die kann ich schon mal eben vorwegschieben.

Bei der einen geht es um Wahlen an Schulen – wir haben ja alle den Brief von Alexandra Schreiber bekommen, die genau das vorgeschlagen hat. Da wäre meine Frage, weil wir ja auch wissen, dass die Wahlbeteiligung dann ab Anfang 20 wieder sinkt, ob es nicht vielleicht eher auch ein Problem sein kann, wenn die 16, 17-Jährigen nie ein Wahllokal gesehen haben, obwohl die Wahllokale ja auch an Schulen sind? Also gibt es da Erfahrungen?

Und die zweite Frage bezieht sich darauf Nichtwähler zu mobilisieren, Haustürwahlkampfkampagne – also wir sind als Linke sehr stark in prekären Stadtteilen unterwegs und wir hören da aber immer: „Ihr kommt ja aber sowieso nur, wenn es Wahlen gibt.“ Das stimmt nicht immer, also wir haben Stadtteile, da sind wir sehr viel unterwegs, aber es stimmt in einigen Stadtteilen sehr wohl und da hat es dann eher den gegenteiligen Effekt. Von daher würde mich da mal interessieren, ob es da irgendwie nähere Untersuchungen gibt außer der über die Kommunalwahl in Mainz?

Abg. Tschöpe: Ich möchte da mit einer Frage anknüpfen: Wenn ich das konsequent zu Ende denke, muss ich mir doch die Frage stellen, warum mache ich dann noch eine

Urnenwahl, wenn ich die Briefwahl dazu bringe. Ich muss natürlich irgendwo einen Stichtag haben, den markiere ich dann mit dem Tag, wo man alles noch an der Urne abgeben kann, aber eigentlich ist es dann doch die Frage, warum man nicht konsequent sagt, eigentlich machen wir eine Wahlwoche. In dieser Woche kann dann in den Schulen gewählt werden, die Leute können im Wahlamt oder sonst wo ihre Stimmzettel abgeben und am Ende kriegen wir dann noch den Sonntag, wo dann ganz viele Urnen aufgestellt werden, wo man noch mal abgeben kann. So, und da ist dann sicherlich die schöne Statistik durcheinander, weil jeder dann irgendwo abgibt, ich keine Wohnbezirke mehr auswerten kann, sondern eigentlich alles ein bisschen Kraut und Rüben geht. Das mag ich ja irgendwie kodifizieren können, aber am Ende ist das doch auch egal. Natürlich wäre es schön zu wissen, ob mehr Wähler der FDP in der Neustadt oder in Huchtnen wohnen, aber das ist, glaube ich, weniger relevant als die Frage, wie kriegen wir die Leute dazu, ihre Entscheidung kundzutun.

Abg. Güldner: Ich will noch mal eine Runde zurück zum Anfang, Völlig klar ist, dass eben die soziale Lage und die Wahlbeteiligung korrelieren und die Schere auseinandergeht. Soweit ist es ja vollkommen unumstritten. Das sagt ja aber noch gar nichts über die jeweiligen Gründe für die Wahlenthaltungen aus, denn die können ja trotzdem noch mal sehr verschieden sein. Das heißt, die soziale Lage kann ja sich übersetzen in ganz, ganz viele Motivationen oder Gründe nicht wählen zu gehen. Und müsste man nicht auf jeden Fall diesen Schritt, warum die Leute nicht wählen gehen, analysieren, bevor man jetzt die Strategien diskutiert. Denn die Leute laufen ja nicht als statistisches Wesen durch die Stadt laufen, die da nur wegen einem gewissen Bildungsstand und einem gewissen Einkommen sagen, jetzt gehe ich nicht zur Wahl, sondern sie haben für sich individuell ja immer einen bestimmten Grund, einen aktiven oder passiven Grund, nicht wählen zu gehen. Und ist da nicht noch der Link sozusagen dann zu der Frage, wie kann ich und was kann ich dagegen tun?

Abg. Saxe: Also ich finde tatsächlich die Idee, so eine Wahlwoche zu machen, gut. Im Prinzip gibt es das ja auch schon. Man kann ja in dem Wahlamt auch länger abstimmen, also würde ich gar nicht einsehen, dass man so ganz krampfhaft an diesem einen Termin bleiben muss. Ich finde auch die weiteren Vorschläge gut. Ich hätte eine Frage noch zu den ungültigen Stimmen, da wollten Sie noch was zu sagen. Gibt es da eventuell auch noch elektronische Hilfsmittel, dass jemand, der das möchte, über den Computer angestrichen bekommt, dass da irgendwas verkehrt ist, also etwa zu viele Stimmen markiert sind. Ist vielleicht so was auch denkbar ?

Abg. Strohmann: Ich finde die vier Punkte, die Sie angesprochen haben, sehr interessant. Ich glaube, das baut alles auf dem elektronischen Wahlverzeichnis auf, das müsste man haben.

Nur eins wäre mir wichtig, weil Sie ja gerade sagten, zum Beispiel wenn man überall wählen könnte, das hätte eine gewisse Gruppendynamik. Also ich weiß, dass es bei uns in Sportvereinen, da gibt es ein paar, die sagen: Ihr müsst zur Wahl gehen. Und da würde jetzt eine Fußballmannschaft die würde jetzt geschlossen zur Wahl, dann kommt raus, ja der eine wohnt da, der andere da, dann zerbröckelt das. Aber es müsste natürlich auch gewährleistet sein, gerade jetzt bei Schulen, dass eben die bewusste Entscheidung eines Wählers „Ich wähle halt nicht“ aus welchen Gründen auch immer, frei bleibt, dass er nicht dieser Gruppendynamik irgendwann unterliegt, gerade in der Schule. Das wäre noch mal eine Frage, die man diskutieren müsste.

Abg Hamann: Ja, vielen Dank, gerade auch für die Vorschläge, die fand ich auch sehr spannend. Ich habe nur noch eine Frage, es geht so in die Richtung von Matthias Güldner. Gibt es Untersuchungen, ob die Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen auch damit zusammenhängt, wie ein Parlament zusammengesetzt ist? Wenn ich mir als Beispiel den Deutschen Bundestag ansehe, da wissen wir alle, da gibt es drei Krankenschwestern und zwei Arbeiter, dafür hat man 150 Juristen, Beamte und den öffentlichen Dienst, der deutlich überrepräsentiert ist. Ist das mal untersucht worden, ob das ein Grund ist, dass Leute sagen: „Die vertreten mich eh nicht, weil das sind ja nur Leute aus dem Öffentlichen

Dienst oder so was.“ Dann die zweite Frage: Sie haben gesagt, das hat mir sehr gut gefallen, dass wir ein modernes Wahlrecht haben und dass auch der Anteil der ungültigen Stimmen auch zurückgegangen ist. Wenn ich das richtig im Kopf habe, liegen wir mit diesen 2,9 oder 3,0 Prozent ungültigen Stimmen im Mittelfeld dessen, was andere Kommunen auch haben. Ich denke da an München. Bei den Stadtratswahlen haben die dort irgendwie 70 oder 80 Stimmen, die kriegen das auch hin. Warum ist das in Bremen nicht so? Grund meiner Frage ist, dass es auch bei uns in der Partei und generell in Bremen Leute gibt, die sagen, das sei alles zu kompliziert, wir müssten wieder zurück zu der guten alten Zeit, als man nur eine Stimme hatte.

Prof.Vehrkamp: Okay, ich versuche mal, zusammenzufassen. Sie können mich ja dann noch mal erinnern, wenn ich, was ich bestimmt tue, jetzt ein paar Punkte vergesse. Ich fange vielleicht mal mit diesem Punkt „Gründe für Wahlenthaltung“ an, denn da will ich mich jetzt als Wahlforscher nicht schlauer machen, als ich wirklich bin. Das Einzige, was wir wissen über die Gründe, wissen wir aus Umfragen. Ich sage Ihnen aber ganz ehrlich, dass ich inzwischen Wahlumfragen nicht prinzipiell, aber dann wenn es um die Wahlbeteiligung von Nichtwählern angeht, ganz erhebliches Misstrauen entgegenbringe. Denn Menschen, die seit 15, 20 Jahren nicht mehr zur Wahl gehen, die nehmen auch nicht an Umfragen teil und schon gar nicht an telefonischen Umfragen oder an Online gestützten Umfragen. Das geben Wahlforscher auch zu. Also, ich meine die Wahlbeteiligung liegt nach Umfrageergebnisse nach wie vor bei 90 Prozent, weil die Leute entweder in den Umfragen nicht die Wahrheit sagen, oder, und das ist meine Vermutung, weil sie natürlich nicht sozusagen wirklich die typisch repräsentativen Menschen, zumindest nicht für die Nichtwähler typisch repräsentativ, erreichen mit solchen Umfragen. Das ist ja auch der Grund, warum wir jetzt diese Analyseverfahren mit dieser Korrelation und diesen Ortsteilen und dieser Kleinräumigkeit da untersucht haben, weil wir da Umfragen nicht mehr so richtig trauen. Ich wäre da also sehr vorsichtig.

Das, was wir, glaube ich, aber wirklich sagen können, ist, dass die Menschen, die nicht mehr wählen gehen, es deshalb nicht mehr tun, weil sie das Grundgefühl haben, es än-

dere ja doch nichts. Das ist, glaube ich, so auf den Punkt gebracht das, was man tatsächlich auch über Nichtwähler sagen kann. Dass sie einfach das Gefühl haben, ob sie da jetzt zur Wahl gehen oder nicht, ändert an den Verhältnissen hier im Ortsteil und auch an den persönlichen Verhältnissen gar nichts und warum soll man das dann tun? Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt. So,

Dann fange ich noch mal an mit dem Thema „Ungültige Stimmen“, was man da noch gegen tun könnte. Das Thema „Wahlcomputer“ ist ja leider in Deutschland durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sozusagen auf Eis gelegt worden. Das bedauern wir auch sehr, das ist ja auch sozusagen so ein Innovationshemmnis. Also es gibt noch Sicherheitsprobleme bei diesem ganzen Thema, ja, aber es wird eben auch seit diesem Urteil sozusagen in Deutschland zumindest nicht mehr wirklich daran gearbeitet. Finden wir sehr bedauerlich. Ich glaube allerdings, dass man vielleicht bei den Auszählungsregeln noch was machen könnte, um den Anteil ungültiger Stimmen zu senken, wenn man sozusagen etwas genauer hinguckt, warum die als ungültig bewertet werden. Und wenn sozusagen ein Wählerwille klar erkennbar ist und nur ein formaler Fehler in der Anwendung der Anzahl der Stimmen oder was weiß ich gemacht wurde, dass man dann trotzdem eine Stimme als gültig ansehen kann. Das ist natürlich ein gewisser Aufwand und man muss da auch aufpassen. Das heißt, dann, dass die Auszählung der Stimmen natürlich noch komplexer wird, weil man sich dann darüber verständigen muss, was im Einzelfall noch als gültig zu werten ist oder nicht. Aber ich denke schon, dass man da noch was machen kann.

Ansonsten plädiere ich ja auch nicht dafür, alles wieder zum Einstimmenwahlrecht irgendwie zurückzudrehen, aber man muss dann auch so ehrlich sein und sagen, dass ein differenziertes kompliziertes Wahlrecht für bestimmte Menschen auch tatsächlich eine Schwelle ist und im Ergebnis auch zu einem zumindest teilweise höheren Anteil an ungültigen Stimmen führt. Ganz werden Sie das Dilemma nicht wegkriegen und das ist letztlich dann eine normative Entscheidung, die Sie als Politiker, die das Wahlrecht bestimmen, eben treffen müssen.

Dann die Frage zu den Haustürkampagnen, ob das nicht auch nach hinten losgeht. Wir haben da sehr wenige Erfahrungen, es gibt ein, zwei Pilotprojekte dazu in Deutschland. Da war es nicht so. Ich glaube auch, dass die Chance einer parteineutralen Ansprache, in der es erst mal nur um die Wahlen als solches geht, vielleicht noch mal ein bisschen größer ist. Aber es ging ja tatsächlich uns darum, dass in einem Pilotversuch mal flächendeckend auszuprobieren und auch die Effekte da auszuprobieren. Ich glaube aber schon, dass das eine gute Chance hätte.

An den Schulen darf es sicherlich nicht um einen sozialen Druck oder eine de-facto-Wahlpflicht gehen. Das heißt, man muss sich da natürlich sehr genau überlegen, wie man das dann auch in den Unterricht einbettet, sodass das nicht eine Wahlpflicht wird. Aber ich habe das mal so bei meinem Sohn selber ausprobiert, der ist 16, der geht auf eine Realschule, also ich würde mal sagen, dass das eine der Schulen ist, die es auch nötig hätte, solche Maßnahmen da zu bekommen und der sagte dann noch: „Ja, aber wieso, dann entsteht ja so Druck und dann sagt der eine dem anderen...“ Dann sage ich: „Ja, und was sagst du dann?“ „Das geht natürlich nicht, man kann ja den anderen nicht beeinflussen bei seiner Wahlentscheidung.“ Und da habe ich so das Gefühl gehabt, genau darum geht es ja: Die Jugendlichen und die Erstwähler in diese Diskussionsprozesse gedanklich reinzubringen, sie da zu engagieren und zu aktivieren. Und auch das ist eine Sache, die man praktisch ausprobieren muss. Da biete ich auch gerne an, soweit wir das können, sozusagen da konzeptionell mit weiter drüber nachzudenken, wie man so was kann, was kann man den Schulen auch mit an die Hand geben, wie kann man so was tatsächlich dann praktisch umsetzen, sodass man das nicht nur wieder bei den Schulen ablädt und sagt, da kommen jetzt Wahlurnen, überlegt euch selber, wie ihr damit umgeht. Das muss man halt schon ein bisschen vorbereiten und sich auch noch mal ein bisschen genauer überlegen, denn eine Wahlpflicht finde ich, ist keine Option, das ist eine Scheinlösung, die von vielen Wissenschaftlern auch in Deutschland zunehmend vorgeschlagen wird.

Ich persönlich finde aber, dass das so eine typische Schreibtischlösung ist, mit der man sozusagen ein großes Problem scheinbar löst. Was wir international über Wahlpflicht

wissen, ist, dass sie nur dann wirkt, wenn sie sanktioniert ist. Das heißt, auf Deutsch gesagt, wenn sie strafbewehrt ist, wenn sie also mit Geldstrafen oder Androhung von Gefängnisstrafen verbunden ist. Wenn man das nicht tut, dann wirkt sie nicht, dann wirkt sie im Gegenteil sogar eher noch mal selektionsverschärfend. Wer fühlt sich noch durch eine nicht-sanktionierte Wahlpflicht angesprochen? Das ist der, der noch eigentlich eine Wahlpflicht mit sich rumträgt und das ist wiederum sehr sozial selektiv verteilt. Also finde ich, ist keine praktisch diskutierbare Möglichkeit in Deutschland.

Das Stichwort „Elektronisches Wählerverzeichnis“ wurde genannt, ja da hängt einiges dran. Finde ich auch. Da hängt die Modernisierung der Urnenwahl dran, da hängt natürlich dann auch nachher die Auswertbarkeit, die wir auch in Zukunft haben wollen, egal, wo ich gewählt habe, dass ich dann trotzdem sozusagen in meinem Heimatstimmbezirk zugerechnet werde. Und das alles wäre dann, wenn Sie ein elektronisches Wählerverzeichnis haben, unproblematisch. Und deshalb ist das so ein wichtiger Schritt, auch bundesweit daran zu arbeiten, dass so ein elektronisches Wählerregister endlich entsteht in Deutschland. Ich glaube, das sind die Fragen gewesen.

Abg.Vogt: Ich hatte noch die Frage gestellt, ob eine Wahlwoche an Schulen nicht vielleicht auch dazu führen könnte, das 16-, 17-Jährige nicht an das normale Wählen herangeführt werden, also dass es vielleicht einen eher negativen Effekt haben könnte?

Prof. Vehrkamp: Ich denke, unsere Wahllokale sind ja fast sowieso alle in Schulen und man könnte natürlich dann auch, oder sollte dann auch in einer Schule sozusagen ein Wahllokal einrichten, das auch so aussieht und bestückt ist wie ein Wahllokal normalerweise bei uns aussieht und dann glaube ich schon, dass das sozusagen eine praktische Wahlerfahrung ist, die man dann auch so schnell nicht vergisst und die bei vielen dazu führen wird, dass sie sich sicher fühlen bei ihrer nächsten Wahl. Sie wissen, wie es geht, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Sie wissen, wie es geht und sie haben es schon mal gemacht und sie haben auch schon mal darüber diskutiert, warum es eventuell sinnvoll sein könnte, seine Stimme abzugeben. All das würde ja in so einem Prozess dann praktisch stattfinden. Und ich finde auch diese ganzen Projekte, Juniorwahlen und Ähnliches,

gut, aber solange Sie diesen Simulationscharakter behalten und die Stimmen nicht wirklich gezählt werden, ist es natürlich so ein bisschen auch immer so ein bisschen Schattenboxen und auch wenig attraktiv für die jungen Menschen, wenn sie dann wissen, dass die Stimme nicht wirklich gezählt wird. Aber die Chance hätten sie ja hier, das zu tun.

Abg. Vogt: Da habe ich trotzdem noch eine Nachfrage, also eine rein technische. Man müsste dann ja im Grunde auch die Zuordnung zum Wahlbezirk und zu Wahllokalen auflösen, denn gerade in der Oberstufe, also in der Sek II, wohnen ja nicht die Schüler direkt am Schulort, sondern die können Bremenweit oder Bremerhavenweit fahren.

Prof. Vehrkamp: Das ist richtig, aber wenn Sie das elektronische Wählerverzeichnis, bis zur nächsten Wahl noch nicht realisiert haben, könnten Sie ja dieses Modell der vorgezogenen Urnenwahl mit Hilfe der Briefwahlunterlagen nutzen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie in Bremen die Briefwahlunterlagen den einzelnen Stimmbezirken zurechnen, sodass Sie da sozusagen unverfälschte Ergebnisse am Ende haben. Also von daher wäre das sozusagen, wenn Sie es in der Variante machen, praktisch kein Problem. Klar, das elektronische Wählerverzeichnis würde das alles einfacher machen, aber solange wir das noch nicht haben, könnte man dieses Modell finde ich, sehr, sehr gut nutzen. Und es hätte, wie gesagt, den zusätzlichen Vorteil, dass die Erstwähler auch gleich den Umgang mit Briefwahlunterlagen kennenlernen vor Ort. Das finde ich, ist noch mal so eine zusätzliche ganz charmante Facette an dem Vorschlag. Man kann da begleitend dann im Unterricht, die Briefwahlunterlagen erklären, wie das geht, warum das sinnvoll ist.

Abg. Vogt: Ich hätte auch noch eine weitere Frage, weil Sie haben vorhin noch mal zu Recht gesagt, entscheidend ob Menschen wählen gehen oder nicht, sei das familiäre Umfeld, also sprich kriegt man vorgemacht, dass Menschen wählen gehen in der Familie. Das ist das eine, das wir hier in Bremen Stadtteile haben mit drei Generationen sozialer Deprivation, wo das schlicht nicht mehr stattfindet. Wir haben aber natürlich auch sehr viele migrantische Familien, die in zweiter, dritter Generation mit einer Einbürgerung hier sind, aber bei denen die erste Generation mit einem nicht verfestigten Aufenthalt und

ohne Staatsangehörigkeit nicht die Möglichkeit hatte, zu wählen. Jetzt geht es zwar kommunal, aber das ging ja früher nicht. Welche Möglichkeiten oder welche Ansohrachemöglichkeiten sehen Sie für diese Gruppe der deutschen Wähler mit Migrationshintergrund, die es aber durch den nicht verfestigten Aufenthalt ihrer Eltern quasi nicht mitbekommen haben, dass Wählen wichtig ist?

Abg. Dr. Güldner: Für Wahlen braucht man ja allgemeine Prinzipien, die allgemein gültig sind. Und das heißt im nächsten Schritt dann ja auch, wenn ich sozusagen den Wahltag und den Wahlort auflöse, sozusagen verflüssige, dass ich das nicht nur in Schulen machen kann, sondern da werden ja dann schnell auch andere kommen, auch verständlicherweise, dass ich das generell machen muss. Oder wie würden Sie das sehen? Ich kann ja schlecht eine Regel einführen, in Schulen sozusagen gibt es dann die Ausnahme von der Regel, dass an diesem Sonntag Wahl ist und eben die Wahllokale festgelegt sind, aber in anderen Bereichen nicht.

Abg. Dr. Buhler: Und zwar, ganz praktisch frage ich mich folgendes: wenn Sie vorgezogene Briefwahlen machen, haben Sie das alles im Griff, das können Sie den Wahlbezirken noch zuordnen. Wenn Sie das weiter verflüssigen wenn jeder Bremer überall in Bremen seine Stimme abgeben kann, können Sie das ja dann nicht mehr so zuordnen, außer sie kennzeichnen die Wahlunterlagen und riskieren damit, dass zumindest, wenn nur zwei in einem anderen Wahlbezirk abgeben, dann das Wahlgeheimnis gelüftet ist. Ich sehe da sehr praktische Schwierigkeiten, sozusagen das Wahlgeheimnis aufrechtzuerhalten. Wenn man dann hingehet und eine vorgezogene Briefwahl macht, das ist kein Problem. Für die anderen Fälle sehe ich das schon eher problematisch und da muss man dann genau gucken, wie man das Problem in den Griff bekommt, denn das ginge dann wieder nur bei ganz elektronischen Wahlen, wo wir, wie gesagt, technisch noch nicht so weit sind an der Stelle.

Prof. Vehrkamp: Ich versuche mal zu den drei Punkten was zu sagen. Ich fange mal mit dem letzten Punkt an. Das ist richtig, also Sie können das praktisch in den Griff kriegen, wenn Sie in den Wahllokalen Wahlcomputer einsetzen, dann gibt es sozusagen sogar

relativ einfache Möglichkeiten, das in den Griff zu kriegen. Diese Möglichkeiten gibt es ja in Deutschland im Moment nicht und deshalb haben wir diesen, uns eigentlich sehr wichtigen, Punkt auch so ein bisschen hinten angestellt, weil er im Moment praktisch nicht so richtig zur Disposition steht. Deshalb habe ich ihn jetzt auch hier heute nicht explizit vorgetragen, bis auf diese vorbereitende Tätigkeit eines elektronischen Wählerregisters, das viel ermöglichen würde. Ich denke aber, dass die Zukunft ganz klar da liegt, also es wäre absurd anzunehmen, dass wir alles inzwischen digitalisieren, alle Lebensbereiche digitalisieren, nur dauerhaft das Wählen da rausnehmen. Da glaube ich nicht dran. Aber das ist eine Entwicklung, die in Deutschland wahrscheinlich einfach noch ein bisschen länger braucht, bis die Rechtsprechung da wieder auch noch elektronische Innovationen zulässt. Es ist im Moment so ein bisschen blockiert, der Weg bei uns.

Wir sind zum Beispiel auch nach Estland gefahren und haben uns das da praktisch angeguckt und da muss man schon sagen, so einfach übertragbar ist das nicht. Die haben tatsächlich auch eine andere Kultur im Umgang, die gehen übrigens auch mit Manipulationsversuchen dann auch anders um. Da sind wir schon so ein bisschen anders disponiert und vielleicht ist das auch ganz gut so, aber trotzdem kann man da sicherlich im Detail auch viel lernen. Aber wie gesagt, das ist halt im Moment leider nicht so eine ganz relevante Diskussion.

Genauso wie die Diskussion um das Thema „Ausländerwahlrecht“. Wenn Sie mich langfristig fragen, glaube ich, dass wir im Zeitalter von Migration gar nicht um die Auflösung dieser engen Verbindung zwischen Staatsbürgerschaft und Wahlrecht herumkommen werden. Aber dass das im Moment gerade in der jetzigen Situation in Deutschland kein praktisch umsetzbares gutes Thema ist für die Wahlbeteiligung, das muss ich jetzt, glaube ich, auch nicht weiter erläutern. Also es ist, glaube ich, eher für die längere Frist, ein ganz, ganz spannendes Thema. Weil ja in ganz vielen Gesellschaften sozusagen der Anteil der Menschen, die da, wo sie leben, nicht wahlberechtigt sind, zunimmt. Und das ist für die langfristige Entwicklung der Demokratie, der repräsentativen Demokratie ein echtes Problem. Und das liegt einfach an diesem Connex, den wir immer wie selbstverständlich herstellen zwischen Staatsbürgerschaft und Wahlrecht. Den kann man aber

auch ganz anders denken. Man kann das Wahlrecht auch als eine Art Menschenrecht, Partizipationsrecht definieren und dann ist es nicht mehr an Kriterien wie die Staatsbürgerschaft gebunden sondern an Kriterien wie dauerhaften Aufenthalt oder ähnliche Kriterien. Aber ich glaube auch, dass das im Moment keine praktisch relevante Diskussion ist und deshalb habe ich den Punkt hier heute auch eher ausgelassen.

Letzter Punkt mit der allgemeinen Verflüssigung dann dieses Wahltages: Ja, das stimmt, aber das ist ja eben, wie gesagt, auch heute schon so. Ich meine 25 Prozent der Stimmen, ein Viertel der Stimmen bei der Bundestagswahl ist per Brief abgegeben worden und Sie haben auch heute schon in jeder Kommune die Möglichkeit, vorher zum Wahlamt ins Rathaus zu gehen und da eine vorgezogene Urnenwahl zu machen. Sodass es ja lediglich dann darum geht, das jetzt Schritt für Schritt auszuweiten.

Ich fand die Diskussion, die wir in Deutschland hatten, wieder so ein bisschen typisch. Die Vorschläge, die Frau Fahimi dazu gemacht haben, haben dann gleich so ein Etikett bekommen. Dann hieß es „Wählen im Supermarkt“ und das hat natürlich so was Abwertendes gehabt, als werde der hoheitliche Wahlakt sozusagen auf Supermarktniveau heruntergezogen. Die dahinterstehende Idee ist natürlich völlig richtig und völlig legitim, da Wahlmöglichkeiten zu schaffen, wo Menschen sind und wo sich Menschen aufhalten. Was soll denn daran schlecht sein? Die Hamburger hatten bei dem Olympia-Referendum, wo sie die Briefwahlunterlagen an alle verschickt hatten, trotzdem noch ein paar Wahllokale gemacht und ich habe mir die Statistiken mal angeguckt, es gab nur wenige, die wirklich genutzt worden sind. Das Wahllokal am Weihnachtsmarkt, das ist extrem gut frequentiert gewesen. Was soll daran schlecht sein, wenn man auch bei einer Wahl sozusagen Kunden und Nachfrage orientiert organisiert?

Abg.Tschöpe: Zum Thema Ausländerwahlrecht beziehungsweise Wahlrecht für Menschen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, hatten wir in der letzten Legislaturperiode hier einen Anlauf gemacht, der dann ja leider daran gescheitert ist, dass der Staatsgerichtshof mit einer abweichenden Stimme dann gesagt hat, dass das verfas-

sungsrechtlich nicht zulässig ist. Wir haben das alle zwar nicht so gesehen, aber wahrscheinlich können wir den nächsten Anlauf auch erst wieder in einer Dekade machen, in der Hoffnung, dass die Rechtsprechung sich dann da verändert hat. Das war aber gar nicht mein Punkt, sondern die Frage, ob es eigentlich Länder gibt, die ein eigenes elektronisches Wahlregister haben? Denn der Kreis der Wahlberechtigten unterscheidet sich ja auf Landesebene dann doch von der Bundesebene. Also bei uns sind ja auch 16-Jährige wahlberechtigt. Und dann wäre ja die Frage, wenn man sagt, ein elektronisches Wahlregister ist sozusagen die Mutter für ganz viele Innovationen, ob man darüber nachdenken kann, dass man das auf Landesebene vielleicht mal einrichtet. Das ist eine Frage an Sie und eine Antwort auf die Frage des Kollegen Buhlert.. Ich frage mich immer, ist das eigentlich so wichtig, dass wir hinterher auswertbare Ergebnisse haben, wie in den Stadtteilen gewählt worden ist?

Abg. Dr. Buhlert: Nein, das habe ich ja vorhin schon selber gesagt, dass es nicht wichtig ist.

Abg. Tschöpe: Ich finde wir haben in Bremen zwei Wahlkreise, Bremerhaven und Bremen, die wir nicht mixen können, weil sie verfassungsrechtlich auch anders gelegt sind. Aber ob nun einer aus Horn-Lehe in der Innenstadt den Stimmzettel abgibt oder ob er, dann irgendwie doch an der Waterfront wählt, wäre mir persönlich egal, Hauptsache er geht zur Wahl. Wir werden vielleicht ein organisatorisches Problem kriegen durch die Kleinheit Bremens, dass wir ja auch noch die Beiräte wählen, das heißt, für so eine total mobile Geschichte, dass man dann 22 sozusagen lokale Stimmzettel dann noch mal überall vorhält, das könnte auch was logistisch Problematisches sein. Aber wenn man ein landesweites oder elektronisches Wahlregister schaffen könnte, dann könnte man, glaube ich, ganz viele dieser Dinge machen.

Ich fände es übrigens gar nicht schlimm, wenn wir sagen, die Verflüssigung, da fangen wir bei den Schülern an. Da ist sozusagen der positive Effekt eher näher, wenn die ans Wählen kommen, dass sie dann auch dabei bleiben. Und wir machen ja ganz viel mit diesen Juniorwahlen. Und wenn man dann einfach sagt, gut, diese Gruppe probieren wir

einfach mal aus und dann werben wir halt auch in den Schulen in Problemstadtteilen ganz gezielt nicht für irgendeine Partei, sondern dafür, überhaupt zu den Wahlen zu gehen und damit irgendwie positive Impulse zu setzen.

Eine Frage habe ich allerdings noch, wenn man das bei Schulen so macht. Der Charme an Juniorwahlen ist ja der, dass es eine Simulation ist. Aber da ist es sozusagen dann auch nicht problematisch, wenn etwa durch gruppenhydraulische Prozesse, was weiß ich, eine Partei gehypt wird. Wir hatten ja mal so Geschichten, wo dann die Piraten sozusagen explosionsartig an einzelnen Standorten alle anderen etablierten Parteien geschlagen haben. Das ist bei einer Juniorwahl, wenn es darum geht, Leute überhaupt in das Prozedere einzuführen und so was wie politischen Diskurs zu entwickeln, völlig unproblematisch. Da kann man sagen, dass da eben halt ein Schüler, der sich für die Piraten eingesetzt hat, richtig was geworben hat. Gibt es irgendeine Form von Betrachtung, wie dieses gegebenenfalls dann ja doch bestehende Problem, dass es keine freie und unbeeinflusste Wahl an Schulen ist, wie man das dann bei so einer vorgezogenen Urnenwahl hinkriegen kann? Ich glaube, da muss man sich doch noch mal vertieft Gedanken drüber machen, wie man denn sozusagen das Geheime und die Unbeeinflussbarkeit des Wahlaktes in solch einer Situation sicherstellen kann. Ich finde das bei den Hamburgern auch spannend, wie sie es schildern, dass die auf dem Weihnachtsmarkt gewesen sind, dann irgendwie drei Glühwein im Kopf hatten und dann darüber entschieden haben, wollen sie Olympia oder wollen sie nicht. Ich finde da muss man auch noch diese letzten Meter gehen und sagen, wie stelle ich denn das dann sicher, dass da nicht irgendwie, die drei Bullys in der Klasse entscheiden, wir wählen jetzt alle AfD, um das jetzt mal zu persiflieren. Welche Möglichkeiten hat man dann bei so einer Geschichte noch, gibt es da irgendwie Ideen?

Prof. Vehrkamp: Also beim Wählerregister will ich mich nicht schlauer machen als ich da heute bin. Das ist sozusagen in der praktischen Umsetzung auch so ein typisches Problem, wo der Teufel im Detail steckt. Wir arbeiten da gerade an einer Studie, in der wir haben jetzt gerade was vertiefend zur Briefwahl gemacht haben. Das nächste Thema ist jetzt das mit den elektronischen Wählerregistern. Wir gucken uns die Kommunen an,

die über solche elektronischen Wählerregister verfügen. Wir gucken uns an, wie die praktischen Vernetzungsmöglichkeiten aussehen und wie dann sozusagen die konkrete Organisation in den Wahllokalen aussehen könnte. Da brauchen wir aber auch selber noch ein bisschen Zeit, um uns das genau anzugucken.

Bei den Schulen ist es halt dann auch in gewisser Weise ein Pilot, aber da kann ich nur anbieten oder signalisieren, dass wir sehr, sehr gerne daran mitwirken würden, so ein Konzept zu erarbeiten, wie man das dann auch an den Schulen praktisch einbetten kann. Ich stimme da völlig zu, dass man da nicht einfach Wahlurnen hinstellen und dann in einer großen Pause irgendwie unbegleitet alle da ins Wahllokal schicken kann, sondern da muss man sich schon überlegen, wie man solche gruppenspezifischen Prozesse dann sozusagen produktiv nutzen kann, welche Form von Diskussion und Aufklärung dann da vorher an Schulen nötig ist. Aber darum geht es ja eigentlich auch. Das ist ja eigentlich noch viel wichtiger als dann der Wahlakt als solcher und da dann Konzepte zu entwickeln und die den Schulen dann auch mit an die Hand zu geben und dann damit Erfahrungen zu sammeln und die dann weiter zu entwickeln, fände ich ein extrem spannendes Vorhaben. Und wie gesagt, da wären sie bundesweit eben auch Vorreiter und das könnte Modellcharakter für viele andere Bundesländer haben. Ich habe das schon ein paar Mal auch in anderen Bundesländern bei verschiedenen Gelegenheiten vorgebracht und stelle immer fest, das Interesse daran ist groß, bislang ist es aber noch nirgendwo gemacht worden. Das wäre, finde ich, eine echte Chance, die wir hätten.

Natürlich können sie eine Beeinflussung des Wahlaktes nicht hundertprozentig ausschließen, das können Sie aber auch bei normalen Urnenwahlen auch nicht. Das ist genauso wie bei der Briefwahl, der Versand der Briefwahlunterlagen an alle Wählerinnen und Wähler. Es gibt zwar viele Möglichkeiten im Detail, auch da die Geheimheit der Wahl wirklich sicherzustellen, hundertprozentig ausschließen können Sie aber nicht, dass eine Briefwahlentscheidung beeinflusst oder manipuliert ist. Sie können viel dafür tun, das auszuschließen, aber hundertprozentig können Sie das bei einer Urnenwahl auch nicht. Und wir haben die Wahlrechtsgrundsätze aus guten Gründen, aber ich finde eben auch, dass man mit den Wahlrechtsgrundsätzen auch so ehrlich umgehen muss, dass man sagen

muss, dass es auch an vielen Stellen eine Frage der Abwägung ist. Und diesen Wahlrechtsgrundsatz der Geheimhaltung, den ich nun wirklich ernst nehme, können sie nicht absolut setzen und dabei vergessen, dass wir auch einen Wahlrechtsgrundsatz der Allgemeinheit der Wahl haben, der, finde ich, bei einer Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent massiv gefährdet ist. Und wie so häufig im Leben kann man nicht alle Ziele zu 100 Prozent erreichen. Da muss natürlich dann auch in gewisser Weise eine Abwägung zwischen den unterschiedlichen auch normativen Zielsetzungen der einzelnen Wahlrechtsgrundsätze stattfinden. Und ich plädiere dafür, diesen Wahlrechtsgrundsatz der Allgemeinheit da ein bisschen prominenter zu setzen als das vielleicht in der Vergangenheit gemacht worden ist.

Abg. Hamann: Die Sache mit den vielen Stimmzetteln für die Beiratswahlen, würde man dann in den Griff bekommen, wenn man die Stimmzettel vor Ort ausdrücken würde. Das heißt, du gehst hin, hast deine ID-Karte, der Stimmzettel wird ausgedruckt und dann wäre das kein Problem. Das würde allerdings bedeuten, dass wir diese ganzen technischen Voraussetzungen erst mal haben. Das sehe ich eigentlich nicht.

Noch eine Bemerkung: mir gefällt, dass Sie Wahlcomputer sagen, der offizielle Begriff ist Wahlmaschine. Denn Computer sind ja manipulierbar, deswegen spricht die Bundesregierung oder sprach immer von Wahlmaschinen und nicht von Wahlcomputern. Ich bin ein strikter Gegner, genau wie das Bundesverfassungsgericht auch, weil die Nachvollziehbarkeit fehlt. Das haben wir jetzt gerade in Bremerhaven gehabt und da hat man das auch nachgezählt und festgestellt, ja war alles in Ordnung. Ich würde da einfach bei der guten alten Papiermethode bleiben und solche Gedanken einfach weglegen. Denn wie gesagt, es gibt Beispiele, dass es Manipulationen gegeben hat. Von daher bleiben Sie bei Papier und Bleistift fertig aus.

Das ist aber gar nicht meine Frage, das war eine Vorbemerkung. Ich möchte noch mal auf meine Eingangsfrage zurückkommen, die Sie ein bisschen beantwortet haben. Sie sagten ja, Leute gehen nicht zur Wahl, weil da die Haltung sei, es ändere sich eh nichts.

Gibt es Untersuchungen, die einen Zusammenhang herstellen zwischen der Berufsgruppe derjenigen, die sich zur Wahl stellen und eben so einer Entscheidung. Dass also Leute sagen, das sind alles Anwälte und die tun eh nichts für mich, weil ich zum Beispiel Krankenschwester bin. Gibt es so etwas? Hintergrund meiner Frage ist, dass gerade wir als SPD hatten ja jetzt in NRW so einen Fall hatten. dass jemand sich zum Rechtsanwalt oder zur Rechtsanwältin gemacht hat, um sich damit bessere Chancen auszurechnen.

Abg. Dr. Buhlert: Die Frage nach den Ursachen ist ja vielfältig, aber wir müssen auch, glaube ich, wahrnehmen, dass ein Teil auch schlichtweg daran liegt, dass Menschen sich nicht repräsentiert fühlen und das liegt gar nicht an den Berufen sondern an der Politik. Zumindest muss man die Wahlergebnisse in Mecklenburg deuten. Auch das muss man, glaube ich, wahrnehmen. Ich bin völlig dabei zu sagen, mir ist es im Prinzip egal, ob wir nachvollziehen können, woher ein Wähler stammt. Aber wenn wir am Ende über prekäre Wahlen reden wollen und die Daten nicht mehr haben, wo die Leute herkamen, die abgestimmt haben, fehlt uns diese Information. Ich glaube, das muss man dann abwägen. Wenn ich die Wahlbeteiligung groß hochbringen kann, dadurch, dass ich nur ein Wahllokal auszähle in Bremerhaven und eins in Bremen quasi, also nur das Ergebnis jeweils auszähle und jeder überall wählen kann, dann mag das ja das Ganze rechtfertigen.. Aber am Ende des Tages muss man es abwägen.

Wir reden über ein elektronisches Wählerverzeichnis. Das wird ja aus dem Einwohnerverzeichnis generiert, das elektronisch vorhanden ist. So, und insofern kann der Schritt nicht so groß sein. Deswegen noch mal kurz die Frage, was ist das für eine andere Qualität. Da sind ja nur die Nebeneinträge, ob jemand sein Wahlrecht verloren hat, welche Nationalität jemand hat usw. um sie dann zuordnen zu können, ob sie wählen oder nicht, relevant. Ist das eigentlich ein Riesenschritt? Ich kann mir das nicht vorstellen. Ich kann mir das eigentlich nur als kleine Programmieraufgabe vorstellen, die man dann macht, um aus dem Einwohnerverzeichnis so ein Wählerverzeichnis zu generieren. Denn das ist ja auch nicht mehr, dass das Tausende von Menschen abgetippt haben, sondern es sind ja auch elektronisch ausgedruckte Listen, die da in den Wahllokalen liegen. Das kann ja nicht so kompliziert sein, ob ich das dann digital zur Verfügung habe oder in Papier.

Prof. Vehrkamp: Nein, ist auch, glaube ich, auf kommunaler Ebene und sozusagen auch auf der stadtstaatlichen Ebene, glaube ich, tatsächlich organisatorisch gar nicht so ein großes Problem, wobei ich jetzt konkret den Stand in Bremen einfach nicht kenne. Da müsste ich mich informieren. Ich weiß aber, dass andere größere Städte über solche Verzeichnisse verfügen; mit Blick auf Bundestagswahlen und Landtagswahlen in Flächenländern kommt natürlich das Vernetzungsproblem dann der unterschiedlichen elektronischen Verzeichnisse hinzu. Und dahinter verbirgt sich dann natürlich schon ein etwas größeres technisches Problem und auch ein größeres Sicherheitsproblem.

Noch mal zu Ihrer Frage, ob es dazu Forschungsergebnisse gibt? Also mir bekannt sind nur Umfrageergebnisse dazu, die mit aller Vorsicht zu genießen sind, weil man immer nicht so richtig weiß, wer antwortet da eigentlich? Also ganz praktisch: ich kenne eine Nichtwähler-Umfrage, bei der herausgenommen ist, dass Nichtwähler überdurchschnittlich häufig Phoenix schauen. So, das ist jetzt mal was, was ich nicht glaube. Sondern was eben einfach daran liegt, dass da in dieser Umfrage wahrscheinlich zehn oder 15 Nichtwähler befragt wurden, die für die Gesamtheit der Nichtwähler völlig untypisch waren, weil es irgendwie hoch reflektierte Protestnichtwähler gewesen sind und es gab ja vor der letzten Bundestagswahl so eine kleine Kampagne von einigen Intellektuellen, die meinten, hoch kompliziert begründen zu müssen, warum es sinnvoll ist, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Die haben auch in der öffentlichen Diskussion zu einer echten Verzerrung beigetragen, weil dann plötzlich auch viele Journalisten dachten, das seien typische Protestnichtwähler. Die hatten überhaupt nichts mit dem typischen sozialen Profil von Nichtwählern zu tun. Und insofern bin ich da sehr vorsichtig. Diese Umfragen sagen eben schon, dass dieses Gefühl, die da oben machen Politik, natürlich auch mit der Meinung zu tun hat, dass die Menschen, die uns da repräsentieren in vielen Parlamenten, eben auch selber sozial nicht mehr repräsentativ sind und das kann man in all unseren Parlamenten natürlich ablesen, dass da sozusagen eine Tendenz in Expertokratie eben tatsächlich stattgefunden hat. Und Sie haben ja gerade in Ihrer eigenen Partei diesen Vorfall erwähnt, wobei man sich da ja tatsächlich die Frage stellen kann, was war daran eigentlich skandalös? Ich fand skandalös daran, dass sie offensichtlich dachte, um Karriere in

der SPD machen zu können, muss ich diesen Bildungsstand sozusagen vorspiegeln. Das ist in vielen anderen Parteien dann auch nicht anders.

Abg. Vogt: Ich hatte mich jetzt eben selber noch mal auf die Liste gesetzt, Ich würde doch noch mal zurückkommen auf die Frage: Migration und Wahlverhalten. Denn auch wenn wir nichts daran ändern können, dass wir das Wahlrecht jetzt für Migranten nicht mehr an die Staatsangehörigkeit knüpfen, ist es ja immer noch so, dass es durchaus auch Befunde gibt, ich glaube auch von der Landeszentrale für Politische Bildung, dass in den Stadtteilen mit einem hohen Migrationsanteil diejenigen, die dann die deutsche Staatsbürgerschaft haben, trotzdem nicht wählen gehen, weil sie es einfach nicht gewöhnt sind. Und dahin zielte eigentlich meine Frage. Sehen Sie eine Möglichkeit, gezielt an die Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die aber tatsächlich im Grunde nicht damit aufgewachsen sind, dass in ihrer Familie jemand wählen gehen darf anzusprechen, dass sie wahlberechtigt sind und dass sie ihr Wahlrecht doch bitte schön ausüben.

Und die zweite Frage ging noch mal zurück auf dieses „Wahlurnen überall hinstellen oder eben überall das Wählen zu ermöglichen“. Das ist meines Erachtens keine Antwort auf die Frage der prekären Wahlen, denn ich sage mal, wer hier in Bremen zum Weihnachtsmarkt geht, der wohnt in der Regel nicht in Gröpelingen oder in Kattenturm oder in Blumenthal, Also von daher habe ich nicht die Hoffnung, dass ich damit die Wahlbeteiligung, ich sage mal, nach sozialer Herkunft im Wesentlichen ändere. Da wäre für mich dann tatsächlich noch mal die Frage, weil Sie ja auch gesagt haben, Sie könnten sich ein Pilotprojekt mit dieser Haustürkampagne vorstellen. Ich bin da nach wie vor, ehrlich gesagt, skeptisch, weil wir als Linke wirklich viel Wahlkampf in diesen Stadtteilen machen und man kommt zum Teil gar nicht in diese Hochhäuser rein. Und wenn man drin ist, wird einem die Tür vor der Nase zugeschlagen und zwar bevor man sich als Linke zu erkennen gegeben hat. Also das liegt jetzt nicht an der Parteizugehörigkeit. Selbst mit dieser Kampagne, die wir vor fünf Jahren hatten, „Gib mir 5“, also ganz wertneutral hingehen und „wir haben ein neues Wahlrecht“ war in in Gröpelingen zum Beispiel da Häufigste, was ich zu hören bekam, „ist mir eh zu kompliziert, das bringt sowieso nichts und ich beschäftige mich nicht mehr damit und bleib mir vom Acker und ich gehe sowieso nicht wählen“.

„Gib mir 5“ war eine neutrale Kampagne, selbst da sind wir nicht durchgedrungen. Wenn Sie sagen, Sie hätten da irgendwie Interesse an so einem Pilotprojekt, dann würde mich das schon interessieren, inwieweit Sie das begleiten wollen würden und welche Möglichkeiten Sie da sehen.

Abg. Strohmann: Ich will noch mal mit der Wahlbeteiligung weitermachen. Ich glaube die Vorschläge sind alle gut und gerade die Juniorwahlen sind eine Chance gerade in diesen Gebieten, sie langfristig auch an Wahlen zu beteiligen. Das zeigt auch, da, wo Juniorwahlen stattgefunden haben, sind die Jugendlichen eher bereit auch zur Wahl zu gehen. Ich glaube, man muss da tiefer gehen, weil diese Menschen am kompletten gesellschaftlichen Leben ja gar nicht mehr teilnehmen. Die gehen zu keiner Wahl, die haben ihre Kinder teilweise in Sportvereinen, die gehen zu keiner Jahreshauptversammlung, die gehen nicht zum Elternabend. Ich glaube, das ist ein grundsätzliches Problem.

Dann will ich noch eine These hier in den Raum stellen: Meine persönliche Erfahrung ist in vielen Sachen, dass die Leute an Wahlen oder solchen, was ich auch sagte, an Versammlungen deshalb nicht teilnehmen, weil die Unterschiedlichkeiten, also diese polarisierenden Wahlkämpfe es ja auch nicht mehr gibt. Und da gehen sie dann nicht hin. Das ist auch so ein „das wird schon alles“. Weil meine Erfahrung, auch aus dem Sportverein, ist, dann wenn ein Problem auftritt, kommen dann auch bei schönstem Wetter, wir hatten das jetzt gerade, 300, 400 Leute, weil sie Sorgen um irgendwas haben. Das haben wir auch bei Beiratssitzungen im Kommunalparlament. Da sitzen ja manchmal auch immer die üblichen Verdächtigen und dann, wenn ein wirkliches Problem besteht, dann kommen die anderen auch.

Abg. Dr. Güldner: Das geht mir eben auch schon immer so. Deswegen hatte ich vorhin noch mal nachgefragt, diese Wahlenthaltung muss man ja noch mal aufteilen und diese sehr weit verbreitete Haltung, „das sind sowieso alles Verbrecher, die lügen sowieso, ändert sowieso nichts an meinem Leben“, da erscheint mir die Plausibilität, warum man auf dem Weihnachtsmarkt oder in der Schule oder im Supermarkt man dann von dieser Meinung abweichen sollte und trotzdem wählen, relativ gering. Wen man erreichen

würde, wären die, die es auch gibt, die wir auch alle kennen, die einfach sagen wir mal, zu bequem sind oder nicht genug interessiert, aber eigentlich nicht zu dieser großen Gruppe gehören. Also eigentlich eher zu den Wählern gehören, aber finden, heutzutage ist alles viel bequemer per Fernbedienung oder irgendwie von zu Hause und wenn ich da noch ins Wahllokal hinmuß hatte ich jetzt gerade was Besseres vor. Die würde ich ja durch so ein Angebot wirklich erreichen und würde auch die Wahlbeteiligung erhöhen.

Die soziale Spreizung wäre möglicherweise aber genau die gleiche oder fast genau die gleiche wie vorher, weil wir ja diese Haltung, die wir alle sozusagen beobachtet haben, dort finden. Die ist ja keine Haltung „ihr bietet mir ja kein Wahllokal in meiner Nähe, es ist nicht bequemlich genug“, sondern die ist ja eigentlich eine sehr politische Haltung. Also die die Politik kritisiert, für die gewählt werden sollte. Zwar sehr pauschal und schlicht, aber immerhin. Im Grunde genommen, haben wir zwei Problemgruppen und wenden uns aber nur einer zu, die wahrscheinlich gar nicht sozial so gespreizt ist wie die erste.

Prof.Vehrkamp: Ja, ich fange vielleicht gleich mal mit dem letzten Punkt an, aber so eindeutig ist es eben auch nicht, dass sozusagen alle Nichtwähler aus dem sozial schwächeren Milieu sozusagen Nichtwähler sind, die deshalb nicht mehr zur Wahl gehen, weil sie von Politik insgesamt nichts mehr halten, sondern auch da sind natürlich viele dabei, die es aus Bequemlichkeit nicht mehr tun, die nicht drüber nachdenken, die also dieses Milieu zum Beispiel der sogenannten Hedonisten, das Sinus Milieu, das sind in Bremen, glaube ich, fast 15 Prozent aller Wählerinnen und Wähler. Das heißt, das ist ein extrem konsumorientiertes Milieu. Ich glaube schon, dass sie da mit neuen Formen der Ansprache auch was erreichen können. Ich habe dafür ja auch kein Patentrezept, das habe ich auch nicht behauptet. Es ist eben immer nur so ein bisschen die Frage nach den Alternativen. Wenn wir nichts tun, dann vergrößert sich dieser Block von Menschen, die sozusagen zu dauerhaften Nichtwählern werden, die aber ja deshalb nicht prinzipiell unpolitisch sind. Und die Gefahr, dass dann eben andere Mobilisierungen stattfinden, die wird dann eben immer größer. Ich meine, das muss man ganz klar sagen, die Steigerung der Wahlbeteiligung, die wir jetzt gesehen haben in den letzten drei Landtagswahlen haben

viel mit Nichtwählermobilisierung zu tun und die einzigen, die das wirklich erfolgreich geschafft hat, ist die AfD, die es uns jetzt in drei Landtagswahlkämpfen sozusagen vorgebracht hat. Und das Potenzial, ich sage mal, die Volatilität und noch die Unberechenbarkeit von Wahlergebnissen nimmt natürlich zu.

Das ist eben natürlich auch für die sogenannten etablierten Parteien eine echte Aufgabe sozusagen zu lernen, auch Wahlkampf und auch politische Kommunikation mit Menschen zu machen, die eben keine vorgegebene Parteibindung mehr haben. Und das wissen wir eindeutig, auch bei den Wählerinnen und Wählern, dass diese Parteibindungen sozusagen wirklich in der Fläche abnehmen. Und dass das natürlich auch neue und andere Formen der politischen Kommunikation erfordert und auch andere Wahlkampfformen wahrscheinlich erfordert als die, die wir so üblicherweise eben machen.

Ein Punkt noch zu den Migranten. Man muss natürlich vorsichtig sein, aber woran liegt es denn, dass die, die eigentlich sogar wählen dürften mit migrantischem Hintergrund, es dann trotzdem nicht tun? Der dominante Erklärungsfaktor kann dann ja auch ein sozialer sein. Dass sozusagen der Ortsteil, das soziale Umfeld der Menschen dann sozusagen der eigentliche Grund ist, warum sie nicht zur Wahl gehen und nicht mehr der migrantische Hintergrund. Das weiß ich nicht genau, aber da muss man dann ja immer überlegen, was ist sozusagen jetzt der dominante, die dominante Erklärungsvariante. Ich will jetzt diesen Vorschlag mit dem Wählen an den Schulen auch nicht überstrapazieren, aber das Charmante ist natürlich schon auch, dass dann dieser Familienkontext sozusagen von den Kindern her noch mal mobilisiert. Weil dann plötzlich die Kinder diejenigen sind, die dieses Thema ja möglicherweise wieder in die sozialen Umfeldler reintragen und möglicherweise auch in die Familien wieder reintragen und der eine oder andere dann vielleicht auch mal auf die Idee kommt, seine Eltern zu fragen, warum geht ihr eigentlich nicht zur Wahl? Also ich will das jetzt nicht idealisieren und überstrapazieren, aber das finde ich, ist auch eine sehr charmante Variante daran.

Zum Thema Haustürkampagne. was mich daran am meisten interessieren würde, ist tatsächlich, die unterschiedlichen Formen der Ansprache dann auch auszuprobieren in so

einer Pilotkampagne. Das ist ja auch das, was bei diesem Pilotprojekt in Mainz gemacht worden ist. Da ist mit unterschiedlichen Tonlagen, mit unterschiedlichen Unterlagen auch gearbeitet worden und da muss man ja auch ehrlich sein, wir wissen das nicht, wie das geht und müssen das auch lernen, da eine Kommunikationsform und Form der Ansprache zu finden, die funktioniert und die nicht gleich dazu führt, dass man die Tür wieder vor der Nase zugeknallt bekommt. Und das wäre ja gerade das, was uns auch an so einem Pilotprojekt tatsächlich interessieren würde und wo ich auch anbieten kann, dass wir da gerne mitdenken und mithelfen und mitkonzipieren würden.

Abg. Tschöpe: Professor Doktor Vehrkamp, vielen Dank. Vielen Dank, dass Sie da waren und a) das noch mal aufbereitet haben und b) auch noch mal Möglichkeiten und Wege da raus oder Ideen uns vermittelt haben.

Jetzt muss der Ausschuss ja unter einer gewissen Zeitenge anfangen zu arbeiten. Ich habe jetzt festgestellt, dass zumindest in der Diskussion dieses Projekt „Wählen an Schulen als vorgezogene Briefwahl“ für ein sehr Interessantes gehalten wird. Das würde ja voraussetzen wahrscheinlich, dass man dafür ein Konzept erstellt und dass man sich sozusagen noch mal anguckt, wie sind eigentlich die rechtlichen Rahmenbedingungen. Wie ich Bremer Verwaltung kenne, wird das wahrscheinlich zu der Wahl 2019, wenn wir jetzt sagen: „Liebe Bildungsbehörde und lieber Senator für Inneres, schreibe uns dazu mal was auf“ wahrscheinlich eher schwierig werden.

Würden Sie, wenn wir die Bitte an Sie richten und sagen: „Mach mal ein umsetzbares Konzept.“, und wir Ihnen auch zusagen, wenn das umsetzbar ist, dass wir dann in unseren jeweiligen Parteien dafür werben würden, dass wir das umsetzen, könnten wir Sie darum bitten sozusagen mal da ein bisschen kleiner zu arbeiten und zu sagen, welcher Gesetzestext müsste, wenn denn überhaupt, geändert werden? Was müsste eigentlich am Ablauf der Wahl geändert werden, sodass wir relativ konkret als Ausschuss sagen können: Okay, diese und jene Änderungen fordern wir an, entweder von der Behörde oder in der Wahlordnung oder eine Änderung des Wahlgesetzes. Dürfte ich so frei sein, Sie darum zu bitten?

Prof. Vehrkamp: Biete ich sehr gerne an, daran mitzuwirken. Hätte ich auch selber sehr, sehr großes Interesse daran, sozusagen wirklich auch in die praktische Umsetzbarkeit, ich glaube wir kennen uns inzwischen auch einigermaßen gut aus hier Bremen, noch nicht so gut wie Sie, aber ja, also würden wir gerne weiter dran mitarbeiten, jederzeit. Also geben Sie mir ein paar Tage, ich mache da mal sozusagen einen kleinen Projektplan und dann können wir uns da ja noch mal abstimmen, aber meiner Meinung nach müsste das noch in diesem Jahr machbar sein.

Abg. Tschöpe: Prima, da würden wir uns, glaube ich, zu tiefem Dank verpflichtet fühlen an der Stelle.

Stichwort Elektronisches Wählerverzeichnis. Ich glaube, da sollten wir jetzt einfach mal einen Sachstandsbericht beim Senator für Inneres anfordern, welchen Aufwand bedeutet das denn eigentlich für Bremen so etwas oder diese Daten zu erstellen. Vermutlich wird das Problem sein, diese Daten in den jeweiligen Wahllokalen zur Verfügung zu stellen, vermute ich mal. Aber auch darüber würde ich, wenn ich das Einverständnis des Ausschusses hätte, jetzt einfach mal einen Sachstandsbericht der Verwaltung anfordern, welche Investitionskosten und welche Entwicklungskosten und welchen Entwicklungszeithorizont man da unter Bremer Bedingungen annehmen müsste. Dann könnten wir ja so einen Bericht dann auch zeitnah irgendwie diskutieren. Und ich würde beim Landeswahlleiter auch gerne noch mal einen Sachstandsbericht der Verwaltung anfordern, was jetzt diese relativ einfache Maßnahme, einfach die Briefwahlunterlagen an alle zu verschicken, was da sozusagen an organisatorischem und finanziellem Mehraufwand bedeuten würde. Das kann eigentlich kein großer Unterschied sein, ob ich diese Karte verschicke oder ob ich dann das Stimmzettelheft, was ich jetzt ja bisher auch immer verschickt habe, damit sich die Leute das vorher angucken können. Dann würden wir dann den Senator für Inneres auch noch mal um einen Bericht möglichst zeitnah bitten, was das denn sozusagen kostet und welche Voraussetzungen dafür erforderlich sind. Gut, da sind auch alle mit einverstanden? Das ist prima. Dann hätten wir einen Teil schon mal abgeschichtet.

4. Verschiedenes

Der Ausschuss beschliesst als nächste Sitzungstermine den 25. Oktober 2016, 15.30 und den 15. November 2016, 14.30 Uhr

Auf der Oktobersitzung sollen die Themen Wahlprüfungsverfahren in Bremen und Bremerhaven aufgerufen werden, sowie die Möglichkeit der Synchronisierung der Terminierung der Bürgerschaftswahlen mit den Europaparlamentswahlen. Weiter soll die Frage einer gesonderten Sperrklausel für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven aufgerufen werden.

Ende der Sitzung 16: 45 Uhr